19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Damiano Valgolio und Kristian Ronneburg (LINKE)

vom 20. März 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 24. März 2025)

zum Thema:

Nachfolgeangebot für Azubi-Ticket sichern

und **Antwort** vom 9. April 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 10. April 2025)

Senatsverwaltung für
Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

Herrn Abgeordneten Damiano Valgolio (Die Linke) und
Herrn Abgeordneten Kristian Ronneburg (Die Linke)
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/22077
vom 20.03.2025
über Nachfolgeangebot für Azubi-Ticket sichern

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Abgeordneten:

Das Azubi-Ticket, mit dem Auszubildende in Berlin und Brandenburg für 34,50 Euro im Monat den öffentlichen Nahverkehr nutzen können, kann seit Dezember 2024 nicht mehr neu erworben werden. Die meisten Abos der Azubis laufen im Herbst 2025 aus. Der Senat hatte ein Nachfolgeangebot angekündigt, konnte aber bislang noch keine Ergebnisse liefern.

Frage 1:

Welche Nachfolgeregelung für das Azubi-Ticket soll es geben?

Frage 4:

Gibt es bereits eine Übereinkunft mit Brandenburg zur Fortführung des Azubi-Tickets? Wenn nein, warum nicht?

Frage 5:

Zu welchem Preis und mit welchem Geltungsbereich wird es dieses Angebot geben?

Frage 6:

Beabsichtigt der Senat, dieses Angebot auf dem Deutschlandticket aufzusetzen?

Antwort zu 1, 4, 5 und 6:

Aufgrund des Sachzusammenhangs werden die Fragen 1, 4, 5 und 6 gemeinsam beantwortet. Neben dem auslaufenden, besonderen VBB-Abo-Azubi gibt es im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) weiterhin die regulären vergünstigten VBB-Zeitkarten Ausbildung für verschiedene Tarifbereiche. Auch haben Ausbildungsbetriebe bereits seit der Einführung zum 1. Mai 2023 die Möglichkeit, ihren Auszubildenden einen Zuschuss zum Deutschlandticket-Jobticket zu zahlen.

Da der Vertrag zum VBB-Abo Azubi aufgrund der haushalterischen Einschränkungen im Vorfeld der Entscheidung zur Pauschalen Minderausgabe 2024 nicht verlängert werden konnte, gab es im Herbst 2024 Überlegungen, in Berlin und Brandenburg eine Nachfolgeregelung auf Grundlage des Deutschlandtickets einzuführen.

Da das auslaufende VBB-Abo Azubi ein gemeinsames Angebot der beiden Länder Berlin und Brandenburg war, besteht Einigkeit, dass auch die Nachfolgelösung gemeinsam umgesetzt werden soll. Ziel wäre, eine Erwerbsmöglichkeit für die Nachfolgelösung im gesamten VBB zu schaffen und diese dafür in Zusammenarbeit der beiden Länder Berlin und Brandenburg mit den Handwerks- und Handelskammern in beiden Bundesländern umzusetzen.

Entsprechende Gespräche zwischen den beiden Ländern und auch der Berliner Handwerks- sowie Industrie- und Handelskammer haben mittlerweile stattgefunden. Eine entsprechende Absichtserklärung ist vorbereitet. Aufgrund der haushalterischen Rahmenbedingungen in beiden Ländern konnten jedoch bislang noch keine endgültigen Festlegungen zur Finanzierung der notwendigen Zuschüsse getroffen werden.

Derzeit geplant ist, dass das „Deutschlandticket für Auszubildende im VBB“ zu einem Preis von aktuell 34,80 Euro/Monat erworben werden kann, angelehnt an den Preis des Deutschland-Semestertickets. Für Auszubildende in dualer Ausbildung soll dieses durch einen entsprechenden Zuschuss des Ausbildungsbetriebes zu einem Deutschlandticket-Jobticket ermöglicht werden. Auszubildende in vollschulischer Ausbildung und Freiwilligendienstleistende sollen ein durch einen Zuschuss der Länder vergünstigtes Deutschlandticket erhalten.

Frage 2:

Hat der Senat dazu mit dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) bereits Verhandlungen geführt und wenn ja mit welchem Ergebnis?

Antwort zu 2:

Mit dem VBB gab es bereits vorbereitende Gespräche über die Ausgestaltung der dargestellten Nachfolgelösung und der entsprechenden Rahmenbedingungen. Die konkrete Umsetzung kann erst besprochen werden, wenn die grundsätzliche Entscheidung zur Umsetzung der Nachfolgelösung in beiden Ländern getroffen ist.

Frage 3:

Wurde das von Senatorin Bonde in der Plenarsitzung vom 7.11.2024 angekündigte Memorandum of Understanding mit dem VBB und anderen Beteiligten wie IHK und Handwerkskammer geschlossen und wenn ja mit welchem Ergebnis?

Antwort zu 3:

In Gesprächen mit dem VBB, der Berliner Handwerkskammer und der Industrie- und Handelskammer wurde grundsätzlich Einigkeit über das Memorandum of Understanding erreicht. Unterzeichnet werden konnte es gleichwohl aufgrund der noch offenen Fragen zur Finanzierung bislang noch nicht.

Frage 7:

Wann soll das Nachfolgeangebot des Azubi-Tickets zur Verfügung stehen?

Frage 8:

Kann der Senat zusagen, dass das Azubi-Ticket bzw. das Nachfolgeangebot zum Beginn des Ausbildungsjahres 2025/2026 im September 2025 wieder erworben werden kann?

Antwort zu 7 und 8:

Aufgrund des Sachzusammenhangs werden die Fragen 7 und 8 gemeinsam beantwortet. Aufgrund der noch offenen Fragen zur Finanzierung des Nachfolgeangebots in beiden Bundesländern kann gegenwärtig noch keine Aussage und auch keine Zusage zu dessen Einführung getroffen werden.

Frage 9:

Welche Auswirkungen würde es für Auszubildende in Berlin und Brandenburg haben, wenn zum Beginn des Ausbildungsjahres 2025/2026 kein Azubi-Ticket zur Verfügung steht? Besteht die Gefahr, dass junge Menschen eine Ausbildung nicht aufnehmen, weil sie ohne das verbilligte Azubi-Ticket die Ausbildungsstelle oder Berufsschule nicht erreichen können?

Antwort zu 9:

Wie bereits in der Antwort zu Frage 1. dargestellt, gibt es mit dem Sortiment der VBB-Zeitkarten Ausbildung einerseits und dem Deutschlandticket sowie dem Deutschlandticket Job andererseits auch ohne das VBB-Abo Azubi attraktive Tarifangebote, die von Menschen in Ausbildung bzw. deren Arbeitgebern genutzt werden können. Sofern Auszubildende wohngeldberechtigt sind, besteht auch die Möglichkeit der Nutzung des Berlin-Ticket S für 19 Euro/Monat.

Insofern wird nicht davon ausgegangen, dass Menschen in Berlin und Brandenburg die Entscheidung über die Aufnahme einer Ausbildung von der Umsetzung eines Nachfolgeangebotes für das VBB-Abo Azubi abhängig machen.

Berlin, den 09.04.2025

In Vertretung
Johannes Wieczorek
Senatsverwaltung für
Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt